

Stand: 10.02.2026 03:15:08

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/396

"Politik für den ländlichen Raum - Taten statt Worte!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/396 vom 07.02.2024
2. Beschluss des Plenums 19/408 vom 07.02.2024
3. Plenarprotokoll Nr. 10 vom 07.02.2024



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib, Ruth Müller, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Doris Rauscher, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und Fraktion (SPD)

Politik für den ländlichen Raum – Taten statt Worte!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass der ländliche Raum mit all seinen Facetten identitätsstiftend für Bayern ist. Er bietet einzigartige Kultur und hat ein vielfältiges Potenzial. Dort wird der Großteil unserer Rohstoffe gefördert und Nahrungsmittel produziert. Ländliche Räume sind aber auch Zukunftsräume. In den ländlichen Regionen werden die erneuerbaren Energien produziert. Dort ist Raum für hunderttausende Unternehmen, das sind viele kleine und mittlere Betriebe, das Handwerk oder Gastronomie und andere Dienstleistungen. Der Schlüssel zur wirtschaftlichen Stärke in Bayern liegt gerade auch in der Dezentralität der mittelständisch geprägten Wirtschaftsstruktur.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ihre Politik neu auszurichten, damit der ländliche Raum die enormen Herausforderungen durch den demographischen Wandel, den Fachkräftemangel, die schlechten Verkehrsanbindungen und das fortgesetzte Wegbrechen von Einrichtungen der Daseinsvorsorge bewältigen kann.

Wegen des heute spürbaren und weiter steigenden Transformationsdrucks in vielen Handlungsfeldern wird die Staatsregierung weiterhin aufgefordert, die bestehenden sozialen und räumlichen Ungleichheiten abzumildern, um einen stabilen gesellschaftlichen Zusammenhalt zu ermöglichen. Handlungsprämisse soll dabei sein, dass positive Entwicklungsimpulse (z. B. durch Wertschöpfung, die aus einer dezentralen Energiewende resultiert) insbesondere für die Regionen genutzt werden können, die bislang aufgrund ihrer Strukturschwäche eher unter den Lasten der gegenwärtig ungleichen räumlichen Entwicklung zu leiden haben.

Der Landtag stellt fest, dass es dabei unabdingbar ist, die Kommunen als Orte der sozial-ökologischen Transformation zu stärken, sie zu befähigen und zu unterstützen, damit sie ihre Spielräume wirksam ausnutzen können. Die derzeit bereit gestellten Mittel reichen dafür bei weitem nicht aus. Zudem muss Klimaschutz zur besonderen Pflichtaufgabe mit entsprechender finanzieller Ausstattung gemacht werden.

Der Landtag fordert die Staatsregierung daher auf, ein Konzept zur Stärkung des ländlichen Raums vorzulegen, das insbesondere folgende Punkte beinhalten sollte:

- **Starke Regionalplanung:** Die Institutionen der Regionalplanung müssen nach Jahren der Deregulierung wieder gestärkt und für zusätzliche Aufgaben entsprechend personell ausgerüstet werden.
- **Starke Beteiligungskultur:** Durch planerischen Einbezug der Bürgerinnen und Bürger sowie durch die finanzielle Beteiligung kann neue Aufbruchsstimmung für ländliche Räume generiert werden.
- **Starkes Handwerk:** Aufbau eines bayerischen Zentrums für nachhaltiges Wirtschaften mit Vertretungen in regionalen Transformationsclustern sowie Unterstützung in

Form von Existenzgründungsberatungen und -begleitungen für Pionierinnen und Pioniere des Wandels.

- Starke Gemeinschaften in den Städten und Gemeinden: Dorfläden müssen gefördert werden; die Schwimmbadförderung muss massiv erhöht werden, damit Kinder überall in Bayern schwimmen lernen können.

Die Staatsregierung wird ferner aufgefordert, durch ministerielles Schreiben die Möglichkeit der Erteilung von Ausnahmegenehmigungen nach §§ 74, 10 Fahrerlaubnis-Verordnung (FeV) zu erleichtern, damit Minderjährigen für Fahrten von und zur Arbeits- und Ausbildungsstätte eine Fahrerlaubnis der Klasse B erteilt werden kann.

Der Landtag begrüßt den vielfältigen Einsatz der Bundesregierung für den ländlichen Raum, wie etwa die Investitions- und Sanierungsprogramme für Sportstätten und Kultureinrichtungen.

Der Landtag stellt fest, dass hierbei besonders erfreulich ist, dass es in den Haushaltsberatungen des Bundestages trotz angespannter Haushaltslage gelungen ist, die erheblichen Kürzungen beim zentralen Finanzierungsinstrument für den ländlichen Raum, der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK), deutlich abzumildern, indem die Bundesmittel für die GAK um insgesamt 66,75 Mio. Euro im Vergleich zum Regierungsentwurf auf über 907 Mio. Euro angehoben wurden.

Begründung:

Das Schaffen gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land ist Verfassungsauftrag. Multiple Krisen stellen den Freistaat vor massive und drängende Herausforderungen, die für den sozialen und räumlichen Zusammenhalt in Bayern erhebliche Risiken bedeuten. Die Bevölkerungsentwicklung in Bayern hat sich zwar insgesamt positiv, aber zwischen den verschiedenen Regionen, insbesondere zwischen ländlichen Räumen in den Randlagen Bayerns und den Großstädten Südbayerns, beinahe ungebrochen auseinanderentwickelt. Dies resultiert nicht mehr nur aus den Folgen eines lang absehbaren demographischen Wandels, sondern deutet in zahlreichen Bereichen auf strukturelle Ungleichheiten sowohl in der Verteilungs- als auch der Chancengerechtigkeit hin. Zahlreiche Herausforderungen der Transformation werden sich in aktuell bereits benachteiligten Regionen bündeln: vom dezentralen Ausbau erneuerbarer Energien über besonderen Veränderungsdruck bei den Mobilitätsformen bis hin zu veränderten Anforderungen an Landnutzung. Soll die notwendige sozial-ökologische Transformation erfolgreich umgesetzt und akzeptiert werden, müssen zentrale Aspekte räumlicher Gerechtigkeit bei der Ausarbeitung von Maßnahmen von Beginn an mitberücksichtigt werden. Es können sich insbesondere für ländliche Räume neue Wertschöpfungsmöglichkeiten erschließen, Erwerbschancen eröffnen und die Lebensqualität in der Region nachhaltig verbessern. Dafür ist jedoch eine Neuausrichtung der Politik in der Energieerzeugung, bei der Mobilität und dem Wohnen notwendig.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian von Brunn, Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib, Ruth Müller, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Doris Rauscher, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 19/396

Politik für den ländlichen Raum - Taten statt Worte!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Kristan Freiherr von Waldenfels

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Andreas Jurca

Abg. Holger Gießhammer

Abg. Claudia Köhler

Abg. Bernhard Pohl

Staatsministerin Michaela Kaniber

Abg. Florian von Brunn

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bayerns ländlicher Raum - attraktiv und vital in die Zukunft (Drs. 19/383)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)

Bayerns ländlicher Raum - alternativ und vital in die Zukunft (Drs. 19/395)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)

Politik für den ländlichen Raum - Taten statt Worte! (Drs. 19/396)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile das Wort an den Kollegen Kristan Freiherr von Waldenfels.

Kristan Freiherr von Waldenfels (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ich bin ein Landei, geboren zwar in Berlin, aber aufgewachsen im hohen Norden Oberfrankens, habe dort den Kindergarten besucht und bin dort zur Schule gegangen. Ich habe mich dann sogar für ein Studium dort entschieden. Seit drei Jahren bin ich ehrenamtlicher Bürgermeister einer ganz kleinen Stadt mit etwas mehr als 1.000 Einwohnern, der Stadt Lichtenberg. Ich komme aus dem Frankenwald, der einer Studie zufolge der am weitesten entfernte Landstrich von den Metropolen Deutschlands ist, und bin heute Landtagsabgeordneter. Wenn ich manchen sage, dass ich aus dem Hofer Land komme, schlägt mir entgegen: Bayerisch-Sibirien.

Nein, nicht Bayerisch-Sibirien. Meine Damen und Herren, wir selber definieren uns als das Herz Europas. Wir haben kaum Arbeitslosigkeit. Wir haben Hidden Champions, die gemeinsam mit örtlichen Hochschulen, mit regionalen Hochschulen entwickelte Textilien in den Weltraum bringen. Wir haben eine intakte Kulturlandschaft. Wir sind das Herz des ehrenamtlichen Engagements, und wir haben Genusshandwerk, das in den gesamten Freistaat strahlt.

Meine Damen und Herren, diese positive Entwicklung konnten in den letzten Jahren aber viele Regierungsbezirke nehmen. Sehen wir uns den Heimatbericht 2022 an, der jüngst erschienen ist. 56 % der Bevölkerung des Freistaates wohnen im ländlichen Raum. Dieser macht 90 % der Fläche aus. Dort werden 44 % unseres Bruttoinlandproduktes erzeugt. Alle Regierungsbezirke wachsen hinsichtlich ihrer Einwohnerzahl.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Neben eigenem Engagement ist das natürlich auch auf die Entscheidungen der Bayerischen Staatsregierung, des Freistaates Bayern zurückzuführen: Investitionen in Staatsstraßen, Wirtschaftsförderung mit regional höheren Förderzuweisungen, einzelne Förderprogramme wie etwa die Förderoffensive Nordostbayern, ein eigenes Landarztprogramm, Behördenverlagerungen, kommunaler Finanzausgleich, Stabilisierungshilfen, die im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs erhöht werden, Freibadbau – ein Projekt für die Lebensqualität –, regionale Entwicklungsagenturen, die angesprochenen Hochschulen und Kulturförderung nicht nur in den Metropolen, sondern auch in der Fläche.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Jüngst kam noch, liebe Staatsministerin Kaniber, die Unterzeichnung des Zukunftsvertrags zur Landwirtschaft hinzu.

Aus meiner Erfahrung kann ich aber sagen – viele erleben das auch –: Die Menschen im ländlichen Raum sind beunruhigt, sind besorgt. Wir sehen, dass GAK-Mittel, Mittel,

die bei uns die Dorferneuerung speisen, gestrichen werden sollen. Die Streichung wurde teilweise wieder zurückgenommen. Das war aber ein fatales Signal. Die Streichung der Agrardieselsteuerbefreiung trifft die Menschen bei uns und unsere Wirtschaftsstruktur. Sie trifft aber auch gerade diejenigen, die in unserem Land die Leistungsträger sind, die sich um die Kulturlandschaft kümmern, die für die Kulturlandschaft Verantwortung übernehmen. Ihnen wird von Berlin, von unserer Bundesregierung ein Aus erteilt.

(Beifall bei der CSU)

Ein gleiches Bild zeigt sich bei der Reduzierung der Gastronomiesteuer. Der Tourismus im ländlichen Raum wird damit zurückgesetzt. Durch die Einführung des 49-Euro-Tickets wird der ÖPNV zwar günstiger, aber dort, wo es ihn nicht gibt, habe ich nichts davon. Reden Sie mit den Menschen in unserem Land; dann werden Sie das hören.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ganz zu schweigen ist schließlich von der Gesundheitsversorgung und dem Krankenhaustransparenzgesetz, die hier diskutiert werden. Durch Unterlassen kommen unsere Krankenhäuser dann in die roten Zahlen.

Meine Damen und Herren, deswegen ist es an der Zeit; deswegen unser Antrag "Bayerns ländlicher Raum – attraktiv und vital in die Zukunft". Es geht darum, den Menschen im ländlichen Raum heute ein Signal zu senden. Gerade in dieser Zeit, in der sie die Bundesregierung alleinlässt, stehen wir als Freistaat Bayern hinter ihnen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Wir wollen ein Zeichen setzen gegen die Politik aus der Großstadt für die Großstadt. – Ja, es hat Rücknahmen einzelner Maßnahmen gegeben; dafür sind wir auch dankbar. Die Verunsicherung ist aber nach wie vor vorhanden. Die Narben sitzen tief. Wir haben heute, Sie haben heute die Möglichkeit, nach vielleicht erfolgten Lippenbekenntnissen das Bekenntnis zum ländlichen Raum tatsächlich zu erneuern.

Wir bitten die Staatsregierung, die Verkehrsinfrastruktur bei Schiene und Straße in dieser Form fortzuführen, die Gesundheitsversorgung, gerade auch in selbstbewusster Behauptung gegen die Bundesregierung, weiter auch in der Fläche aufrechtzuerhalten, die integrierte ländliche Entwicklung sowie die Dorferneuerung auf dem Niveau von 2023 fortzuführen

(Beifall bei der CSU)

und die Landwirtschaft, die Gastronomie und den Tourismus zu stärken, ganz wie es im Sinne unseres Staatsziels ist, nämlich für gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Freistaat Bayern zu sorgen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Andreas Jurca.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Andreas Jurca (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kollegen! In dem Antrag der Regierungsfaktionen lesen wir: "Der Landtag stellt fest", "Der Landtag betont", "Der Landtag bekräftigt", "Der Landtag betont", "Der Landtag ist sich einig", "Der Landtag sieht mit Sorge". Meine Damen und Herren, ich dachte, der Landtag sei ein beschließendes und nicht ein konstatierendes Organ. Was nach wortreichen Feststellungen, Betonungen und Bekräftigungen übrig bleibt, ist nichts weiter als ein Betteln an den Bund. Die Regierungskoalition erkennt Probleme und bittet dann jemand anderen, nämlich die chaotische, zerstrittene, planlose Bundes-Ampel, um die Problemlösung.

Was das Anflehen und Bemühen der Bundesebene von CSU und FREIEN WÄHLERN bewirkt, konnte man letzten Freitag im Bundesrat sehen. Der katastrophale Ampel-

Haushalt des Bundes ging ohne Einspruch und ohne Zustimmung für den Antrag des Freistaates Bayern durch. Was erkennen wir daraus? – Auf die EU oder die Bundesebene braucht in Bayern niemand mehr zu hoffen. Sie sind damit beschäftigt, deutsches Geld durch Klima- und Entwicklungshilfe in alle Welt zu verteilen, nur nicht bei den eigenen Leuten.

(Beifall bei der AfD)

Wir von der AfD-Fraktion erwarten von der Ampel keine Lösung. Aber wir sind verwundert über die Untätigkeit der Staatsregierung. Sie könnte doch selbst die Initiative ergreifen, zumindest was einen Teil der Forderungen betrifft, so zum Beispiel bei der Infrastruktur. Der ORH hat schon 2019 festgestellt, dass Bayern Nachholbedarf bei Staatsstraßen in Milliardenhöhe hat. Gerade im ländlichen Raum kann niemand so leicht auf den ÖPNV wechseln. Dort braucht man gute, befahrbare Straßen. Eine konkrete Möglichkeit, das zu finanzieren, wäre der Ausstieg aus der Kofinanzierung des Deutschlandtickets, wie wir es in unserem Nachzieher fordern.

Die Regierungsfaktionen sorgen sich in ihrem Antrag herzergreifend um die Gesundheitsversorgung. Aber warum haben sich die Regierungsfaktionen während der Corona-Pandemie nicht ebenso herzergreifend um die Verpflegungspauschale für das Krankenhauspersonal gesorgt? – Der ORH rätselt nämlich in seinem Jahresbericht 2022, wo ein wesentlicher Teil der dafür vorgesehenen 133 Millionen Euro abgeblieben ist. Wir rätseln mit. Unabhängig davon könnten wir jetzt sofort die nötigen Gelder für eine flächendeckende Gesundheitsversorgung beschließen, gegenfinanziert aus Einsparungen bei Zuwanderung und Integration, wie in unserem Nachzieher fordert.

(Zuruf)

– Sie können danach noch darauf antworten.

Die Regierungsfraktionen wollen mit ihrem Antrag die Gaststeuer senken – eine hervorragende Idee –, genau wie wir mit unserem – nein, nicht Nachzieher – Antrag aus dem Haushaltsausschuss, den wir debattiert haben und der von CSU und FREIEN WÄHLERN abgelehnt wurde. CSU und FREIE WÄHLER waren gegen die Forderung nach einer Senkung der Gaststeuer. Das müssen wir feststellen.

Werte Kollegen, Möglichkeiten, die angesprochenen Probleme zu lösen, sind vorhanden. Gerade als Vorzeigebundesland Bayern, was die Staatsregierung niemals vergisst, redundant zu erwähnen, sollte man doch den Mut haben, Prioritäten im Sinne seiner Bürger zu setzen. Meine Damen und Herren, wir als AfD-Fraktion setzen diese Prioritäten für unsere Bürger. Wir lehnen den Dringlichkeitsantrag der Regierungsfraktionen ab und bieten unseren als wesentlich bessere Alternative an.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Nächster Redner ist für die SPD-Fraktion der Kollege Holger Gießhammer. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Holger Gießhammer (SPD): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Bayern ist unsere Heimat. Wir sind stolz auf unsere Bürgerinnen und Bürger. Wir sind stolz auf die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft. Wir leben sehr gerne hier in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Bayern ist vielfältig und bunt. In Bayern gibt es Höhen und Tiefen, Berge und Täler. Bayern ist ein Flächenland. Wir sind von den in der Bayerischen Verfassung festgeschriebenen gleichen Lebensverhältnissen weit entfernt. Schlimmer: Die Schere geht sogar noch weiter auseinander.

Den Versuch, die eigenen Fehler in den letzten Jahrzehnten in der bayerischen Politik, das Verschleppen von Problemen in den ländlichen Räumen, nun auch auf die Bundesregierung zu schieben, lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen, meine Herren, ich möchte Ihnen nur wenige Beispiele nennen: 2018 hat der Bayerische Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung einen Schutzschirm für die Krankenhäuser auf dem Land versprochen. Dieser wäre gerade jetzt dringend notwendig und wichtig.

(Michael Hofmann (CSU): Ja, wegen eurer Politik!)

Der Plan sah vor, für drei Jahre 85 % des jährlichen Defizits von Krankenhäusern zu übernehmen. Das würde für meinen Heimatlandkreis, für unser Klinikum Fichtelgebirge in den nächsten drei Jahren einen Zuschuss von rund 30 Millionen Euro bedeuten.

(Martin Wagle (CSU): Der Bund kommt doch seiner Verpflichtung nicht nach!)

Diese Hilfe würde den Kreishaushalt enorm entlasten, damit auch die Gemeinden vor Ort. Umsetzung: Fehlanzeige.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiteres Beispiel: die Ankündigung, Bayern bis 2023 barrierefrei zu machen. Auch Fehlanzeige. Nur rund 65 % der bayerischen Ministerien und staatlichen Museen sind barrierefrei. In Städten wie Kulmbach können Rollstuhlfahrer ohne Hilfe nicht einmal mit der Bahn fahren.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wer ist dafür zuständig?)

In meinem Heimatlandkreis Wunsiedel braucht man einen Kran, um mit dem Rollator vom Gehweg zu kommen.

Ein letztes Beispiel: ÖPNV. Bei der Erreichbarkeit mit Bus und Bahn liegt Bayern auf dem vorletzten Platz im Vergleich aller Bundesländer. Bayern setzt auf dem Land auf das Mitfahrbänkle, statt den ÖPNV beschleunigt auszubauen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen, meine Herren, mit dem heutigen Dringlichkeitsantrag verfolgen die Regierungsfractionen wieder nur ein Ziel, nämlich die Bundesregierung zu beschädigen.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Die beschädigt sich selber!)

Dabei hat man sich im Wahljahr 2023 mit zahlreichen Förderbescheiden geschmückt, die aus Mitteln des Bundes gedeckt waren. Allein im ersten Jahr ihrer Amtszeit hat die Bundesregierung 450 Millionen für die Breitbandförderung zur Verfügung gestellt. Trotz Sparzwängen durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts stellt die Regierung in Berlin auch im Haushalt 2024 rund 270 Millionen Euro bereit.

(Martin Wagle (CSU): Lächerlich wenig!)

Zum Vergleich: Andi Scheuer hatte 170 Millionen Euro ausgegeben. Diese Investitionen kommen direkt im ländlichen Raum an und bringen unsere Kommunen in die digitale Welt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur" wird im Bundeshaushalt mit mehr Finanzmitteln gefüllt. Auch sollen die Gelder schneller ausbezahlt werden.

Die vom Bundesfinanzminister im Haushaltsentwurf vorgeschlagenen drastischen Kürzungen bei der Ländlichen Entwicklung wurden von unseren Abgeordneten in Berlin deutlich abgemildert.

(Martin Wagle (CSU): Hört, hört!)

Mittel, die bis August eines Jahres nicht abgerufen wurden, werden künftig auf die übrigen Bundesländer verteilt.

Meine Damen, meine Herren, der ländliche Raum hat es verdient, dass wir gemeinsam an einem Strang ziehen. Gegenseitige Schuldzuweisungen stärken die Gruppierungen, die wir nicht wollen. Ich komme aus der Kommunalpolitik. Hier hat sich Zusammenarbeit über die Fraktionsgrenzen hinweg sehr gut bewährt. Wir sollten in Bayern bayerische Politik gestalten: erstens mit einer starken Regionalplanung, die personell den neuen Aufgaben angepasst wird, zweitens durch eine starke Beteiligungskultur, planerischen Einbezug und finanzielle Beteiligung der Bürger, drittens durch ein starkes Handwerk und den Aufbau eines Zentrums für nachhaltiges Wirtschaften sowie viertens durch starke Gemeinschaften in den Städten und Gemeinden, Stichworte "Dorfläden" und "Schwimmbäder".

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns unser schönes Bundesland gemeinsam gestalten! Wir bitten um Zustimmung.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Claudia Köhler für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Dem ländlichen Raum gegenüber ist dieser Antrag eigentlich sehr unfair. Es ist wieder einmal nur billige Stimmungsmache. Das Zitat "Der Landtag tritt allen Bestrebungen entgegen, Ballungsräume und ländliche Räume gegeneinander auszuspielen", das ist doch Ihre Spezialität. Seit Wochen, seit Monaten, seit Jahren spielen Sie das Land gegen die Stadt aus. So ist der ganze Antrag auch nur eine Ansammlung von alten Rezepten für die Zukunft: mehr Straßen. – Kennen Sie noch einen Ort, zu dem keine Straße hinführt?

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): In Unterhaching nicht!)

Sie sehen zu wenig Geld für die Schiene, Sie wollen mehr Geld für die Schiene. Wie viele Milliarden vergraben Sie in die zweite Stammstrecke in München, obwohl es günstigere Varianten gegeben hätte?

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

Wie viel Geld hat Herr Scheuer für die Maut versenkt, das wir jetzt brauchen würden? Dafür fährt kein Zug auf dem Land.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Was tut ihr in Berlin für den ländlichen Raum?)

In dem ganzen Antrag steht nichts von WLAN, steht nichts von Mobilfunk. Das würden sich die Menschen auf dem Land wünschen.

(Widerspruch der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU) und Martin Wagle (CSU))

Und dann trauen Sie sich, Schwimmbäder zu erwähnen. Wir haben einen Sanierungstau von über zwei Milliarden Euro, und es gibt Jahr für Jahr ein Programm von 20 Millionen Euro für ganz Bayern für ein Jahr. Das trauen Sie sich zu erwähnen!

In diesem Antrag sieht man null Bereitschaft zu irgendwelchen Reformen. Es ist nur ein Festhalten am Alten. Die Politik, die Sie sich für Bayern überlegen, ist eine Sackgasse.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie verweisen ja immer gerne auf den Bund. Ich kann nur sagen: Zum Haushalt im Bund hat die CSU nicht einen einzigen gegenfinanzierten Antrag auf den Tisch gelegt. Da war nichts, da war nur Meckern. Und dann dieses überhebliche Selbstlob: Ach, wir sind so toll, weil wir den kommunalen Finanzausgleich überweisen! – Erstens liegt er

unter der Inflationsrate, und zweitens ist das kein Geschenk der CSU-Regierung, sondern das ist eine gesetzliche Verpflichtung.

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Das Selbstlob für die Politik ist auch deswegen nicht angebracht, weil sie in den letzten Jahrzehnten zu einem massiven Höfesterben gerade in Bayern geführt hat, weil sie Flächenversiegelungen in immer größerem Ausmaß produziert hat – mit allen negativen Folgen: für die Wasserversorgung, für den Hochwasserschutz, für das Artensterben und damit natürlich auch für die Landwirtschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zuletzt haben Sie ja noch einen großen Zukunftsvertrag für die Landwirtschaft verkündet, mit 120 Millionen Euro pro Jahr. Wenn man der Pressekonferenz zum Haushalt, der leider immer noch nicht vorliegt, gelauscht hat, weiß man, es gibt nur 20 Millionen Euro für die Landwirtschaft. Das ist meiner Meinung nach schon ein Unterschied zu den angekündigten 120 Millionen.

(Widerspruch der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Dazu kommt eine verkorkste Energiepolitik seit mindestens 15 Jahren. Sie haben die Windkraft verteufelt und stehen jetzt vor einem Scherbenhaufen.

(Widerspruch des Abgeordneten Martin Wagle (CSU))

E-Mobilität: Eigene Ziele werden immer wieder kassiert. Geothermie: Es gibt null Unterstützung für die Kommunen, die dringend auf die Bürgschaften für ihre Wärmenetze, für Geothermie-Projekte warten. Da kommt nichts. Dann erzählt der Ministerpräsident dem Bayerischen Rundfunk – –

(Unruhe bei der CSU)

– Melden Sie sich einfach ganz normal. – Das hätten Sie zu Ihren Schüler:innen auch gesagt.

Dann sagt der Ministerpräsident im BR irgendetwas von Atomkraftwerken, die schon längst ihren Müll wieder weiterverwerten. Die gäbe es in Amerika. – Das stimmt einfach nicht. Es ist unlauter, den Leuten so etwas zu erzählen und damit die regenerativen Energien auszubremsen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie hat keine Ahnung!)

Aber das Schlimmste an diesen ganzen Reden und diesen ganzen Worten ist eigentlich die Planungsunsicherheit,

(Martin Wagle (CSU): Richtig!)

die Sie damit unseren Unternehmen vermitteln: Heute gegen Wind, morgen für Wind. Heute für die Energie, morgen für eine andere. Eigene Ziele immer wieder einkassieren. Weil da nicht eine Zukunftsperspektive – –

(Unruhe und Widerspruch bei Abgeordneten der CSU)

– Im Nachhinein entschuldigen Sie sich wieder, weil Sie zu dritt reinbrüllen, wenn hier eine Frau spricht. Hören Sie erst mal zu, Sie können nachher fragen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der AfD: Oh!)

Ich sage Ihnen nur: Wäre da eine einzige konkrete Idee drin, könnten wir darüber reden. Da ist aber gar keine Idee drin, und deswegen lehnen wir den Antrag ab. Wir brauchen Machen, nicht Reden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen der Abgeordneten Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel (CSU) und Martin Wagle (CSU))

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Bernhard Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Frau Staatsministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege von der SPD ist noch nicht so lange hier im Hohen Haus. Deswegen übe ich etwas Nachsicht.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Aber da Sie sich darüber beklagen, dass jemand versucht, die Ampel zu beschädigen: Wissen Sie, was ein untauglicher Versuch ist? –

(Florian von Brunn (SPD): Ihre Regierungspolitik?)

Eine tote Fliege zu erschlagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Eine tote Fliege zu erschlagen, ist genau das Gleiche, wie die Ampel zu beschädigen. Die Ampel ist flügellos, die Ampel hat ihren Heimatbahnhof hoffentlich bald erreicht, und da wird sie dann ausrangiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Köhler, ich kenne Sie als engagierte Person, aber dass die Nerven so blank liegen, hätte ich jetzt bei Ihnen nicht gedacht, und vor allen Dingen, dass Sie sich weinerlich darüber beschweren,

(Lachen bei den GRÜNEN – Claudia Köhler (GRÜNE): Weinerlich? – Florian von Brunn (SPD): Das ist klar, dass Sie das nicht verstehen!)

dass die sehr gesitteten Herren, die da vorne sitzen, Ihrem Redeschwall einen Gedankenblitz entgegensetzen. Dass Sie das als Angriff auf die Frau sehen, das ist schon gewöhnungsbedürftig, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall und Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Jetzt zur Sache: Ich würde ja gerne mit Ihnen Konzepte entwickeln, damit Bund und Land sich für gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern starkmachen. Natürlich hat selbst Bayern, obwohl wir in Deutschland weit, weit vorn sind, auch da und dort Punkte, bei denen wir sagen: Ja, da bräuchten wir eure Unterstützung. Ich nenne jetzt einen Bereich, in dem es vielleicht ganz besonders erforderlich ist, nämlich die medizinische Versorgung. Aber Herr Lauterbach ist ja mehr damit beschäftigt, sich darüber Gedanken zu machen, wie viele Joints man denn erlauben kann, anstatt darüber nachzudenken, wie viele Krankenhäuser im ländlichen Raum wir retten können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das wäre ein Punkt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Das ist Ländersache!)

Da könnten Sie beweisen, dass es gut war, dass nach 16 Jahren unionsgeführter Bundesregierung auch der SPD mal eine Chance gegeben wird. Ich bin durchaus der Meinung, dass man auch den Kleinen eine Chance geben soll. Aber dann sollten sie nicht so jämmerlich verschießen, wie das diese Ampel jetzt seit über zwei Jahren tut.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf von der SPD: Die packen es wenigstens an!)

Das Haushaltsdesaster und Ihre Inkompetenz, die Ihnen das Bundesverfassungsgericht vor Augen geführt hat,

(Toni Schuberl (GRÜNE): Wir sind in Bayern! Wo ist denn der Haushalt für 2024?)

beantworten Sie damit, dass Sie einzelne Bevölkerungsgruppen,

(Toni Schuberl (GRÜNE): Wo ist der Haushalt 2024?)

die zu Leistungsträgern hier in Bayern und in Deutschland gehören, bestrafen, weil Sie denen unterstellen, dass sie die falschen Parteien wählen, dass sie nicht dem rot-

grünen Mainstream unterliegen. Deswegen muss die Landwirtschaft dafür büßen, dass Sie nicht rechnen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Na ja, und da kommt dann so etwas dabei raus: Rolle vorwärts, halbe Rolle rückwärts. Aber eine vernünftige Politik sieht anders aus. Die Landwirtschaft ist nun mal hier in Bayern eine tragende Säule. Unsere Landwirte haben völlig recht, dass sie sagen: Genug ist genug. Jetzt reicht es, jetzt gehen wir auf die Straße.

Natürlich kann man auch sagen, dass es in der Vergangenheit, vor der Ampel, schon das eine oder andere gegeben hat, was an unglücklichen Beschlüssen aus Brüssel oder aus Berlin kam. Das ist richtig. Aber das, was Sie jetzt hier als Anti-Landwirtschaftskatalysator über das Land bringen, das hat Bayern, das hat Deutschland noch nicht gesehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Gerade deswegen ist es richtig, mit einem derartigen Dringlichkeitsantrag einmal darauf hinzuweisen, wie bayerische Politik funktioniert und wie die Politik im Bund eben nicht funktioniert. Jetzt gerade, wo Sie die Weichen für den Haushalt 2024 stellen, muss man Ihnen schon sagen, dass Sie völlig falsch investieren, dass Sie gegen den ländlichen Raum investieren, gegen Bayern sowieso.

Sie sind diejenigen, die wollen, dass das Land hinter urbanen Regionen zurückbleibt. Ja, die GRÜNEN sind eine Großstadtpartei. Die SPD hatte sich eigentlich vorgenommen, eher flächendeckend unterwegs zu sein. Bald seid ihr gar nicht mehr unterwegs, wenn es so weitergeht. Wir in Bayern – das werden die Beratungen zum Doppelhaushalt zeigen – stehen für urbane Regionen. Wir stehen für ländliche Regionen. Das war sicherlich nicht immer so. Aber diese Koalition aus FREIEN WÄHLERN und CSU hat die gleichwertigen Lebensverhältnisse ganz oben auf die Agenda geschrieben.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Wir machen erfolgreiche Politik für ganz Bayern, für Infrastruktur, für Landwirtschaft, für den Zusammenhalt der Gesellschaft, und das ist gut so.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf der Abgeordneten Gülsersen Demirel (GRÜNE))

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Für die Staatsregierung spricht jetzt noch Frau Staatsministerin Michaela Kaniber. Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Man hat jetzt an diesem Schlagabtausch gesehen, wie sehr tatsächlich die Ampel-Parteien hier im Hohen Haus versuchen, von den Tatsachen abzulenken. Das Leistungserz ist und bleibt der Mittelstand in Bayern und in Deutschland – und auch der ländliche Raum.

Ich kann nur feststellen, meine sehr geehrten Damen und Herren: Wenn man wie der Nachzieher von der SPD "Taten statt Worte!" fordert, ist das beschämend, lieber Herr von Brunn. Wir haben einen Bundeskanzler,

(Zurufe von der SPD)

der seit Wochen und Monaten schlussendlich Abertausende von Menschen, die auf die Straße gehen, gnadenlos ignoriert.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Mehr an Empathielosigkeit kann dieser Bund nicht darbieten. Menschen gehen auf die Straße, weil sie sich einfach belastet fühlen, weil sie sich durch Auflagen, Gesetze, aber auch übertriebene Steuererhöhungen nicht mehr in der Lage sehen, wirtschaftlich zu arbeiten. Sie sind doch genau das Problem in unserem Land.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe, ehrlich gesagt, aufgrund der Reden der Vorredner bei Ihnen überhaupt keine Hoffnung.

(Florian von Brunn (SPD): Weil Sie nicht zugehört haben!)

Sie erkennen nicht einmal, dass diese Bundesregierung

(Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

das größte Armutsrisiko der jüngeren deutschen Geschichte ist. Sie sind eine Großstadtkoalition. Sie stehen für Klientelpolitik und gnadenlose Ideologie.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Jetzt sehen wir uns doch mal die Fakten an: Der geplante Kahlschlag bei den Krankenhäusern auf dem Land, die erhöhte Mehrwertsteuer in der Gastronomie; DEHOGA geht aktuell von 12.000 Existenzen aus, die wahrlich gefährdet sind, mitunter im ländlichen Raum. Ich kann nur sagen: Sie sprechen von Taten. Wer hat denn die Gelder für den ländlichen Raum gestrichen – ein Minus von 300 Millionen Euro? Nur aufgrund des flächendeckenden Aufschreis kam noch mal ein Zuschlag von 67 Millionen Euro. Von den geplanten 3 Milliarden Euro Einsparungen im Bundeshaushalt für 2024 wird knapp 1 Milliarde Euro allein der Landwirtschaft aufgebrummt. Schon im Jahr 2021 haben Sie den Bundeszuschuss – –

(Florian von Brunn (SPD): Dafür haben Sie ja auch gestimmt!)

– Nein, das stimmt doch gar nicht. Immer nur diese Fake News! Darüber können wir dann später auch noch mal reden. – Der Bundeszuschuss zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung: um ein Minus von 77 Millionen Euro gekürzt, ebenso die Umsatzsteuerpauschale für pauschalierende Landwirte. Ich kann Ihnen nur sagen: Wer die Axt an den Ernährer, an den tatsächlichen Leistungsträger anlegt, wird sie irgendwann bitter spüren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir sagen dagegen in Bayern: Bayernwucht statt Bundesfrust. Wir können nur sagen: Wenn Sie sich von der tatsächlichen Arbeit dieser Staatsregierung ein Bild machen würden, dann wüssten Sie, dass wir auch im Vorfeld einer Landtagswahl einen Zukunftsvertrag im Wert von 120 Millionen Euro für die Landwirtschaft geschrieben haben. Bei uns fließen tatsächlich 11,4 Milliarden Euro in den Finanzausgleich. Die Krankenhäuser erhalten eine Rekordförderung. Die Meisterausbildung ist uns in Bayern alles wert. Die Gründerzentren und die Behördenverlagerung in den ländlichen Raum haben gezeigt, dass wir nicht nur heute reagieren, sondern dass wir seit Jahren und Jahrzehnten diesen ländlichen Raum vorantreiben und dass uns die gleichwertigen Lebensverhältnisse alles bedeuten.

Sie dagegen machen genau das, was Sie vorhin gesagt haben. Liebe Frau Köhler, Sie haben gesagt, wir spalten. Ja, wer spaltet denn?

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Sie spalten, weil Sie nur für die städtische Klientel da sind. Sie führen nicht zusammen. Sie haben nicht verstanden, was wir brauchen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD)

Ersparen Sie es mir bitte, die Leistungen und den Werkzeugkasten des Land- und Forstministeriums und genauso des Tourismusministeriums darzustellen. Das kann man alles nachlesen. Aber auf zwei Punkte möchte ich doch noch eingehen.

(Zuruf des Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE) – Florian von Brunn (SPD): Forst ist doch bei Hubert Aiwanger! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Nein! Keine Ahnung!)

Sie haben vorhin die Energiewende angesprochen. Sie wissen genau, wie die aktuellen Entwicklungsdaten für Bayern aussehen. Das wissen Sie ganz genau. Das muss Ihnen offenbar ganz schön wehtun, wenn Sie immer wieder darüber reden. Aber Deutschland aufgrund dieser Energiewende so dermaßen gegen die Wand zu fahren und nach Polen den schmutzigsten Energiemix aller Zeiten zu haben, das ist doch das Beschämende, das tatsächlich die GRÜNEN auf den Weg bringen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Florian von Brunn (SPD): Das sind Fake News!)

Der größte Sargnagel für den Agrarstandort Deutschland ist und bleibt Bundesminister Özdemir.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben vorhin den Strukturwandel angesprochen. Liebe Frau Köhler, machen Sie sich mal schlau. Der lag immer konstant bei 0,8 %. Seit Sie in Berlin an der Macht sind: keine Auflage eines Tierwohlprogramms, maximale Auflagen in der Düngeverordnung – Sie haben keine Unterstützung, wenn es darum geht,

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr (SPD))

tatsächlich Konzepte und Förderprogramme aufzustellen. Wir dagegen haben alle Programme so festgeschrieben, weil wir gewusst haben, dass aus Berlin nichts kommt.

Jetzt kann ich Ihnen nur sagen: Seit Özdemir an der Macht ist, ist der Strukturwandel kein Strukturwandel mehr, sondern ein knallharter Strukturbruch, gerade in der Nutztierhaltung. Schauen Sie sich mal an, wie viele Schweine und Rinder haltende Betriebe aufgegeben haben. Das ist ein wesentlicher Markenkern unserer Kulturlandschaft.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe der Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE) und Dr. Simone Strohmayr (SPD))

Das Gesicht Bayerns geht aufgrund Ihrer Landwirtschaftspolitik verloren. Ich kann Ihnen nur sagen: Weit gefehlt; es steht mir nicht zu, Ihnen Ratschläge zu geben,

(Zuruf von den GRÜNEN: Ja, genau! – Zurufe von der SPD – Bernhard Pohl
(FREIE WÄHLER): Es hilft auch nichts!)

aber wenn zur Ideologie auch noch knallharte Arroganz kommt, wird es langsam gefährlich für unser Land.

(Zuruf von der SPD: Das gilt für Sie genauso!)

Deswegen schauen Sie bitte darauf, dass wir zu Entlastungen kommen. Greifen Sie den Bäuerinnen und Bauern und unseren Leistungsträgern, der Gastronomie und den Handwerkern nicht ständig in die Tasche. Wir machen es in Bayern anders: Wir greifen den Leuten unter die Arme. Das sollten Sie besser auch tun.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Staatsministerin, es liegt die Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. – Für die Zwischenbemerkung erteile ich dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion Herrn Florian von Brunn das Wort. Bitte.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Ministerin, im Gegensatz zu unserem Kollegen Holger Gießhammer, der in seiner ersten Rede viele sachliche Punkte vorgebracht hat, wie man es in Bayern besser machen könnte,

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Tote Fliege!)

war Ihre Rede eine einzige Schimpftirade Richtung Berlin. Kein einziger Punkt, der Bayern betrifft!

(Widerspruch bei der CSU – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Nicht zugehört!)

Ich verstehe natürlich, dass Sie in einer Konkurrenzsituation sind, weil der stellvertretende Ministerpräsident auf nahezu jeder Bauerndemo und vor jedem Traktor steht.

Aber vielleicht hilft uns da ein bisschen mehr Sachlichkeit in der Debatte doch weiter. Deswegen will ich auch Falschinformationen von Ihnen korrigieren. Was den Energiemix angeht, haben wir den geringsten Anteil der Kohle an der Stromerzeugung in Deutschland seit 1959.

(Staatsministerin Michaela Kaniber: Das ist nicht richtig!)

– Das ist richtig. Das können Sie zum Beispiel beim Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme nachlesen. Außerdem erzeugen wir in Deutschland inzwischen fast 60 % unseres Stroms mit erneuerbaren Energien, dank der von Ihnen vielgescholtenen Ampel-Regierung. Wo es hakt und klemmt, ist in Bayern. Dafür sind Sie verantwortlich.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus): Lieber Herr von Brunn, Sie sollten, glaube ich, die aktuellen Zahlen noch einmal genau nachlesen. Gerade bei den erneuerbaren Energien ist Bayern Spitzenreiter, weit vor allen anderen.

(Lachen bei der SPD)

– Ja, das will man immer nicht glauben. Wissen Sie, Herr von Brunn, das ist sehr traurig. Ich glaube, man kann versuchen, tausend Spaltpilze zwischen diese Koalition zu treiben. Fakt ist aber vielmehr, dass in Bayern zwei Parteien regieren, die für die Bauern sind, und drei sind gegen sie.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 19/383 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion und die FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – Das sind die AfD-Fraktion, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Hiermit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/395 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – CSU-Fraktion, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/396 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion. Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen der CSU-Fraktion, der FREIEN WÄHLER und der AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.